

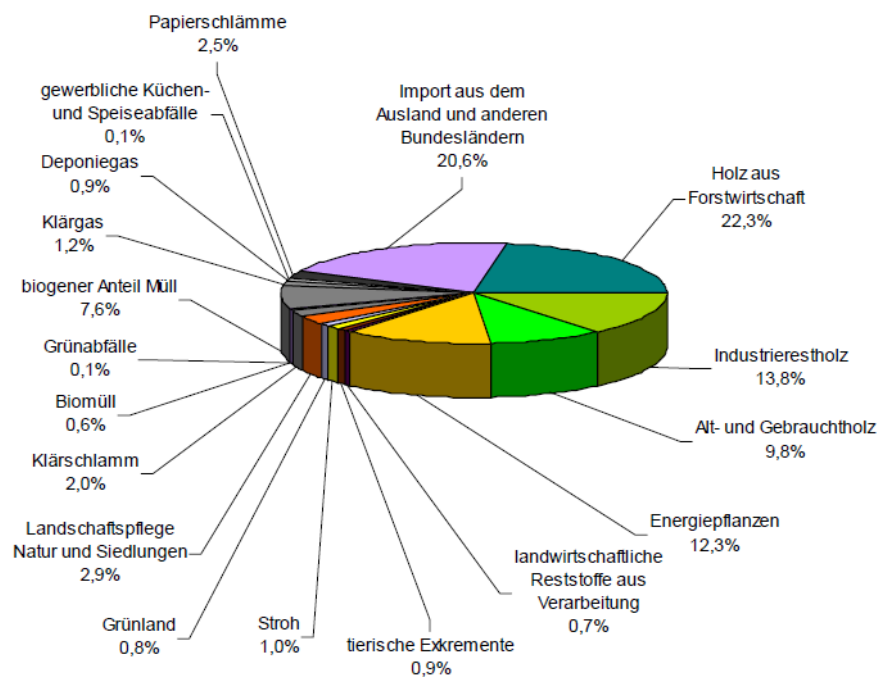
Land- und Forstwirtschaftliche Biomasse und Naturschutz in Baden-Württemberg

Positionspapier des BUND Landesverband Baden-Württemberg e. V.
Beschlossen vom Landesvorstand am 3. Dezember 2011

1 Aktuelle Situation

Der Anteil der Biomasse, also nichtfossiler organischer Rohstoffe, am Primärenergieverbrauch in Baden-Württemberg beträgt knapp 5 %. Etwa 80 % der Energie wird dabei aus heimischen Roh- und Reststoffen gewonnen, gut 20 % dagegen aus importierten Stoffen. Bei den heimischen Roh- und Reststoffen sind die wichtigsten Energieträger Rest- und Gebrauchthölzer (ca. 24 %), Waldholz (22 %) und Energiepflanzen, vor allem Silomais und Raps (ca. 13 %). Reststoffe wie Gülle, Mist, Stroh, Grün-, Bio- und Haushaltsabfälle und Material aus der Straßenbegleit- und Landschaftspflege spielen (noch) eine recht untergeordnete Rolle. Ihre Nutzung ist im Sinne der Kaskadennutzung besonders nachhaltig. Die Reststoffe aus der energetischen Verwertung (Gärreste und Aschen) können als Dünger in den organischen Kreislauf zurückkehren, soweit sie keine Gefahrstoffe (Schwermetalle etc.) enthalten.

Grafik: Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2010; Biomasse-Aktionsplan Baden-Württemberg, S.12



Anteile der Biomassefraktionen an der Energiebereitstellung durch Biomasse

Obgleich Energiepflanzen von Acker und Grünland einen relativ kleinen Anteil am Energieträgermix ausmachen, haben die Hauptanbaufürchte Silomais und Raps bereits dazu beigetragen, die Agrarlandschaft nachteilig zu verändern, indem sie die Diversität der Ackerpflanzen weiter eingeschränkt und Grünlandumbruch mitverursacht haben. Viele Menschen fühlen sich durch den innerhalb weniger Jahre stark gestiegenen Maisanbau gestört, das Problem des Rapsanbaus ist jedoch nicht kleiner. Artenreiches Grünland wird durch die regelmäßige Ausbringung der Gärreste von Biogasanlagen intensiviert und damit naturschutzfachlich (fast) irreversibel entwertet.¹

Diese Trends gilt es umzukehren durch eine Diversifizierung der Ackerpflanzen für die energetische Verwertung und durch die Beschränkung der Ausbringung von Gärresten nur auf Äckern und bestehendem Intensiv-Grünland.

2 Potentiale der nachhaltigen Energieerzeugung aus Biomasse

Die energetische Nutzung von Biomasse ist eine wichtige Säule für eine zukunftsfähige, regenerative Energieerzeugung. Jedoch ist das nachhaltig nutzbare Potenzial an Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft wegen der Konkurrenz zu übergeordneten Zielen begrenzt. Wie alle Landnutzungs- und Energieerzeugungsformen muss auch die Biomasse-Nutzung unter größtmöglicher Schonung von Biodiversität, Böden, Gewässern, Grundwasser und Atmosphäre erfolgen.

Nach Einschätzung des BUND können und sollen 6 % des gegenwärtigen Primärenergieverbrauchs und 10 % des in Zukunft durch Einsparungen verringerten Primärenergieverbrauchs nachhaltig aus heimischen biogenen Stoffen erzeugt werden.

Dabei liegen die Ausbaupotentiale nicht im Bereich der Anbau-Biomasse und der Waldholz-Verbrennung, deren Umfang in Baden-Württemberg die verträgliche Obergrenze mehr oder weniger erreicht hat, sondern in der Mobilisierung von Reststoffen wie Gülle, Mist, Stroh, Grün-, Bio- und Haushaltsabfälle und von Material aus der Grünflächen-, Straßenbegleitgrün- und Landschaftspflege. So wird derzeit schätzungsweise nur jeweils 10 % der anfallenden Gülle und des anfallenden Landschaftspflegematerials energetisch verwertet. Für die Anbau-Biomasse würden sich Ausbaupotentiale dann ergeben, wenn durch verringerten Futtermittelanbau Ackerflächen frei würden. Dazu wären eine deutlicher Abbau der Schweine- und Geflügelmastbestände und die (Rück-)Umstellung der Rinder- und Milchviehfütterung auf Grünland notwendig.

Als Alternative zu Mais- und Getreidesilage für Biogasanlagen bieten sich aus Naturschutzsicht mehrjährige Wildpflanzenmischungen an. Diese können zur vielfältigeren Fruchtfolge beitragen und wirken sich – wie erste Untersuchungen belegen – positiv auf Boden-, Wasser- und Artenschutz aus.

¹ Die Problematik der Monotonisierung und Intensivierung beim Anbau von Energiepflanzen und Ausbringung der Gärreste besteht genauso bei anderen intensiven Anbauformen zur Lebens- und Futtermittelproduktion.

Ein gewisses Potential zur Holzerzeugung gibt es in Form von Kurzumtriebsplantagen, die bei entsprechender Anlage und Bewirtschaftung sogar als ökologische Vorrangfläche gelten können.

Importe von biogenen Energieträgern aus dem Ausland (Ausnahme Grenzregion Frankreich / Schweiz) stellen aus Sicht des BUND kein nachhaltiges Potential dar, da ihre nachhaltige Produktion auch durch Zertifikate nicht gewährleistet werden kann, der Transport seinerseits die Energie- und Klimabilanz der Energieerzeugung verschlechtert und die Rohstoffe in den Herkunftsregionen selbst benötigt werden. Importe von Holz, Pflanzenölen etc. sollten daher durch heimische Energieträger bzw. Energieeinsparung ersetzt werden.

3 Umsteuerung und Erhöhung der Energieerzeugung aus Biomasse unter Nachhaltigkeitskriterien

Der BUND fordert die Umsteuerung und Erhöhung der Energieerzeugung aus Biomasse anhand folgender Ziele und Kriterien:

- Die Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse ist an Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sowie Energie- und Treibhausgas-Einsparungseffizienz zu orientieren. Dafür kann es sinnvoll sein, Biomasseanlagen auch in Gewerbegebieten zu realisieren. Der Energieaufwand für Anbau und Transport der Rohstoffe sowie Entsorgung der Reststoffe ist dabei mit einzurechnen.
- Organische Reststoffe und Materialien aus der Grünflächen- und Landschaftspflege oder Straßenbegleitgrün müssen im Erneuerbaren Energien Gesetz deutlichen Vorrang vor allen Arten von Anbau-Biomasse erhalten und entsprechend gefördert werden. Restriktionen für den Einsatz dieser Substrate (z. B. Mindestmengen, Sterilisierung, Abfalleigenschaft etc.) sind zu streichen, soweit sie keine stichhaltigen ökologischen oder hygienischen Begründungen haben.
- Die Standards der guten fachlichen Praxis für die Land- und Forstwirtschaft müssen über die landwirtschaftliche Förderung und/oder über das Ordnungsrecht verbessert werden. Wichtige Eckpunkte sind ein konsequentes Gründlandumbruchsverbot, mindestens 7 % ökologische Vorrangflächen je Betrieb sowie eine qualifizierte naturschutzfachliche Beratung bei allen Investitions- bzw. Bauvorhaben.
- Der Anbau biogener Energieträger darf weder die flächendeckende Umstellung auf den Öko-Landbau noch die Ausweisung von ökologischen Vorrangflächen auf 10 % der Landwirtschaftsfläche behindern. Vielmehr müssen integrierte Konzepte, die auch die Fleischproduktion und den Fleischkonsum senken sowie den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke einschränken, zu höherer Flächenverfügbarkeit führen.
- Die Bewirtschaftung von artenreichem Grünland, Biotop-Grünland, der Anbau von bisher nicht verbreiteten Energiepflanzen sowie mehrjährigen und Mischkulturen sowie Pestizidverzicht beim Energiepflanzenanbau ist im Rahmen der Agrarförderung (1. und 2. Säule) wesentlich besser als bisher zu fördern.

- Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und die Verwendung gentechnisch veränderter Biomasse aus Importen muss ordnungsrechtlich untersagt werden.
- In Landkreisen mit hoher Biogasproduktion (z. B. ab 1,7 MWel je 100 qkm Kreisfläche) muss die Privilegierung für weitere Biogasanlagen im Außenbereich aufgehoben werden (Änderung BauGB) und die Genehmigung weiterer Anlagen von der Naturschutz-Verträglichkeit abhängig gemacht werden.
- Eine naturschutzfachliche Beratung in Bezug auf den Substratanbau bzw. die Substratbeschaffung sowie zur Resteentsorgung muss Voraussetzung für die Genehmigung von Biogas- und Verbrennungsanlagen zur Strom-, Wärme- oder Gaseinspeisung werden.
- Feuchtwiesen, (An-)Moorböden und artenreiches Grünland allgemein dürfen nicht umgebrochen werden. Auch die Anlage von Kurzumtriebsplantagen ist aus Wasserhaushalts- und Naturschutzgründen auf diesen Flächen auszuschließen. Ausnahme: Wo keine Rückumwandlung möglich ist können auf bereits vor 2011 umgebrochenen Äckern auf (An-)Moorböden Kurzumtriebsplantagen angelegt werden.
- Das FFH- und sonstige Biotop-Grünland ist zumindest in FFH-Gebieten ordnungsrechtlich zu sichern (Ausweisung als Naturschutzgebiet oder Besonders geschütztes Biotop).
- Die „Ernte“ von Landschaftspflegematerial muss abschnittsweise und schonend erfolgen. Sie muss sich auch bei energetischer Nutzung eindeutig an den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege orientieren.
- Die Nutzung von Wald-(rest)holz zur Verbrennung (Hackschnitzel, Pellets, Scheitholz) darf (mit lokalen Ausnahmen) nicht weiter intensiviert werden, da den Waldbeständen sonst ein zu starker Nährstoff- und Totholzentzug droht.
- Die Beimischungspflicht Kraftstoffe (E 10) muss abgeschafft werden, da die beim derzeitigen Kraftstoffverbrauch benötigten Mengen weder im Inland noch im Ausland nachhaltig produziert werden können. Bereits jetzt führen die Palm- und Sojaöl- und die Zuckerrohr-Produktion in den Anbauländern zu großen ökologischen und sozialen Schäden. Ihre Klimabilanz ist meist negativ. Ziel darf nicht die Substitution der Kraftstoffe, sondern muss die radikale Senkung des Kraftstoffverbrauchs sein – auch aus Umwelt- und Gesundheitsgründen.
- Forschung, Entwicklung und Erprobung von Energiegewinnung aus Heu, Landschaftspflegeaufwüchsen und anderen organischen Reststoffen müssen verstärkt werden. Dies gilt auch für immissionsschutzrechtliche Aspekte (Abgase, Schwermetallbelastung von Gärresten und Verbrennungsrückständen etc.).
- Der Aufbau von Organisationsstrukturen, Logistikketten und Aufbereitungsanlagen zur energetischen Nutzung von Grünflächen- und Landschaftspflegematerial sowie Reststoffen aller Art ist öffentlich zu fördern.